

Wirtschaftspolitik | 29.09.2023 | Lesezeit 2 Min.

Wirtschaftsblick auf die AfD

Die AfD ist im Umfragehoch. Gut jeder Fünfte würde sie wählen, wenn jetzt eine Bundestagswahl anstünde. Das IW hat diese politische Gemengelage zum Anlass genommen, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände zu befragen, wie sie das Erstarren der Partei mit Blick auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einschätzen.

In Umfragen ist die AfD so stark wie nie, in einigen ostdeutschen Bundesländern wäre sie derzeit sogar stärkste Kraft. Und auch erste wichtige kommunale Ämter hat sie inzwischen inne. Politik und Wirtschaft diskutieren über einen angemessenen Umgang mit der Rechtsaußenpartei und den Risiken, die von ihr ausgehen. Um ein empirisch fundiertes Stimmungsbild aus der Wirtschaft zum Erstarren der Rechtspopulisten zu erhalten, hat das IW 54 Hauptgeschäftsführer von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden befragt. Das Ergebnis (Grafik):

Die Wirtschaft sieht durch die AfD Risiken für sich selbst - aber noch größere für die Politik.

Verbände: Probleme durch AfD vor allem politisch

So viel Prozent der 54 befragten Hauptgeschäftsführer deutscher Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände schätzen das Risiko eines langfristigen Erstarkens der AfD für die folgenden Aspekte so ein



Rest zu 100: keine Angabe/weiß nicht; Befragung im August 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Konkret schätzen 85 Prozent das Risiko hoch ein, dass die Bildung einer handlungsfähigen Regierung auf Landesebene schwerer würde. Für den Bund erkennen dasselbe Problem knapp drei Viertel. Vier von fünf Befragten sehen zudem eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich eine starke AfD langfristig negativ auf die konstruktive politische Kultur auswirken wird.

Auch wenn die politischen Auswirkungen von den Verbänden gravierender eingeschätzt werden, ist die Skepsis mit Blick auf wirtschaftliche Konsequenzen ebenfalls groß. So rechnen 68 Prozent mit großen und weitere 26 Prozent mit geringen Risiken für die Fachkräftesicherung. Große Gefahren durch eine langfristig starke AfD sehen immerhin 60 Prozent auf den Wirtschaftsstandort Deutschland zukommen, weitere 36 Prozent der Befragten gehen zumindest von geringen negativen Konsequenzen aus.

Das Vertrauen der Wirtschaft in die etablierten Parteien ist weiterhin hoch.

Aus der Umfrage geht darüber hinaus hervor, wie sich die politische Debattenkultur bereits verschoben hat. So stufen Verbandschefs vielfach die EU und ihre Institutionen als reformbedürftig ein. Die AfD tendiert dazu, die EU-Kritik der Verbände zu instrumentalisieren, um die EU-Skepsis in der Bevölkerung zu vergrößern. Eine konstruktive Debatte unter Einbezug der Partei scheint kaum möglich.

Bedenken - wenn auch nicht ganz so gravierend - hat die Wirtschaft zudem, dass Deutschland durch eine starke AfD Freihandelsabkommen verhindert oder das Ansehen bei internationalen Partnern Schaden nehmen könnte. Die aktuellen Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft führen die Befragten stärker auf unzureichende Digitalisierung, hohe Energiepreise, fehlende Fachkräfte oder zu viel Bürokratie zurück. Unabhängig von den Risiken aus einem AfD-Erstarken ergibt sich hieraus eine Unzufriedenheit mit der aktuellen Wirtschaftspolitik.

Dennoch ist das Vertrauen der Wirtschaft in die etablierten Parteien hoch: Schließlich sind 96 Prozent der befragten Verbandschefs überzeugt, dass sich die aktuellen Herausforderungen mit Parteien, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, grundsätzlich erfolgreicher angehen lassen als mit Parteien, bei denen daran Zweifel bestehen.

Ebenso viele sprechen der AfD die Regierungsfähigkeit auf Bundesebene ab. Für die Landesvertretungen schätzen vier von fünf Hauptgeschäftsführern die AfD als nicht regierungsfähig ein.

Interview mit Matthias Diermeier, Leiter Kooperationscluster Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft im IW

Warum ist für Wirtschaftsvertreter eine starke AfD eher ein politisches als ein ökonomisches Risiko?

Die relativ niedrige Besorgnis um die wirtschaftlichen Implikationen des AfD-Erstarkens bedeutet keinesfalls, dass man der Partei eine solide Wirtschaftspolitik zutrauen würde. Vielmehr ergibt sich der Befund aus dem begrenzten Einfluss, den die AfD auf die Wirtschaftspolitik hat. Weder im Bund noch in den Ländern ist absehbar, dass Entscheidungen unmittelbar durch AfD-Vertreter getroffen werden.

Die Sorgen drehen sich vor allem um die politische Kultur im Land. Was bedeutet das genau?

Die politische Kultur hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Verrohung von Sprache und Diskurs strahlt von den Parlamenten in den digitalen Raum und die Anhängerschaft. Durch die ständige Präsenz einer in Teilen rechtsextremistischen Anti-Establishment-Partei ist man auf der Hut, welche Position

man öffentlich vertreten kann und welche Positionen Gefahr laufen könnten, vereinnahmt zu werden. Für eine konstruktive Streitkultur ist das Gift.

Welche Risiken hätte die Ausrichtung der AfD für den Wirtschaftsstandort Deutschland, wenn sie in politische Verantwortung käme?

Nach den vielen Häutungen der Partei bleibt grundsätzlich unklar, welche derzeit im Parteiprogramm avisierten Politiken tatsächlich umgesetzt werden würden. Sicherlich käme es jedoch zu einer Verschärfung der Migrationshürden – auch für Fachkräfte. Den Fachkräftemangel möchte die AfD über eine höhere Geburtenquote einhegen. Das kann nicht gelingen. Zudem wäre sie eine Gefahr für die export-orientierte deutsche Wirtschaft. Denn europapolitisch stünden die Rückkehr zur D-Mark oder sogar der EU-Austritt im Raum. Selbst aus der Rückabwicklung der Klimapolitik, wie sie die AfD vorschlägt, dürften massive Konflikte mit der EU erwachsen.

Kernaussagen in Kürze:

- Ein langfristiges Erstarren der AfD wäre aus Sicht von Wirtschaftsvertretern in Deutschland ein größeres Problem für die Politik als für die Wirtschaft.
- Vier von fünf Befragten sehen eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich eine starke AfD langfristig negativ auf die konstruktive politische Kultur auswirken wird.
- Das Vertrauen in die etablierten Parteien ist weiterhin groß: Mit ihnen, so sagen fast alle Befragten, ließen sich die aktuellen Herausforderungen besser bewältigen.